

Susanne Schröter

## Kein bisschen Frieden

### **Nach dem Abzug der westlichen Truppen brechen alte Konflikte wieder auf**

Zwanzig Jahre hat der Versuch gedauert, Afghanistan in einen modernen demokratischen Staat zu transformieren. Ein Versuch, der mittlerweile als weitgehend gescheitert angesehen werden muss. Weder die mit modernen Waffen ausgestattete und von US-Ausbildern geschulte Armee noch die von Deutschland ausgebildeten Polizeikräfte konnten die Rückkehr der Taliban verhindern. Der Vormarsch der Gotteskrieger gestaltete sich so reibungslos, dass der Abzug der westlichen Truppen einer hektischen Flucht glich. Bereits im Jahr 2009 hatte der amerikanische Isaf-Kommandeur Stanley McCrystal vor einem solchen Szenario gewarnt und die amerikanische Politik und die afghanische Regierung gleichermaßen kritisiert. Letzterer warf er Korruption und Machtmissbrauch vor.

Auch in Deutschland mehrten sich skeptische Stimmen. Doch eine grundständige Evaluation der Mission erfolgte nicht, obwohl der schleppende Aufbau der afghanischen Polizei und Armee immer wieder Besorgnis auslöste. Kommandeure zahlten ihren Untergebenen kein Gehalt und diese verkauften ihre Waffen nebst wichtigen Informationen an die Taliban. Letztere waren militärisch ohnehin keineswegs geschlagen, sondern sorgten mit gezielten Angriffen für zunehmende Unsicherheit. Insgesamt starben 3.600 Soldaten der westlichen Allianz und mindestens zehnmal so viele afghanische Soldaten seit 2001. Die Zahl der zivilen Opfer betrug ein Vielfaches.

In Deutschland verwies man gerne auf Erfolge, vor allem hinsichtlich der Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen. Ob es dafür auch außerhalb der Städte Akzeptanz gab, kann jedoch bezweifelt werden. Selbstverständlich gibt es die Menschen, die die Freiheiten der vergangenen 20 Jahre geschätzt und die ihr Leben für Fortschritt und Demokratie riskiert haben. Aber es gibt auch diejenigen, die die Ausländer als Besatzer gesehen und die von ihnen vertretenen Werte als gott- und ehrlos abgelehnt haben. Die überwiegende Mehrheit der Afghanen lebt auf dem Land und dort steht man den Werten der Moderne zumindest skeptisch gegenüber. Wie schwer es für emanzipierte Frauen war, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen, zeigt das Beispiel von Zarifa Ghafari, der ehemaligen Bürgermeisterin der Stadt Maidan Shar. Sie konnte ihr Büro monatelang nicht betreten, weil wütende Männer sie daran hinderten; aus Sicherheitsgründen musste sie in Kabul bleiben. Ghafari ist mittlerweile in Deutschland und fühlt sich von den internationalen Kräften im Stich gelassen, wie viele moderne Städter in Afghanistan, die an das Versprechen einer menschenrechtsorientierten Moderne unter westlichem Schutz glaubten. In gewisser Weise wiederholt sich jetzt eine afghanische Geschichte, die fremder Herrschaft stets ebenso viel Widerstand entgegengesetzt hat wie modernen Reformen - zu denen an erster Stelle auch die Frauenrechte gehören.

*Stark segmentierte Gesellschaft* Afghanistan ist ein multiethnischer Staat. Die Paschtunen stellen die größte Bevölkerungsgruppe, gefolgt von Tadschiken, Usbeken, Hazara und vielen kleineren Ethnien. Inter- und intraethnische Konflikte werden durch gewaltsame Auseinandersetzungen ausgetragen und durch das Schließen von Allianzen befriedet. Der Kern des sozialen Gefüges besteht aus verwandtschaftlich verfassten Segmenten, die sich anlassbedingt zusammenschließen können, grundsätzlich aber ihre Autonomie bewahren. Charakteristisch ist die Fähigkeit, sich ohne zentralisierte Herrschaftsstrukturen zu organisieren - Staatsbildungsprozesse wurden aus diesem Grund stets durch

zentrifugale politische Dynamiken erschwert.

In der Geschichte Afghanistans seit dem 19. Jahrhundert haben sich segmentäre Gruppen vor allem dann zusammengeschlossen, wenn es um die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit gegenüber ausländischen Einflüssen oder um Widerstand gegen soziale Veränderungen ging. Dies betraf zunächst die britischen Interventionen und Gebietsbesetzungen, die nach drei Kriegen und zahlreichen antikolonialen Aufständen 1919 zur Gründung eines souveränen Staates unter Amanullah Khan führten. Reformvorhaben Amanullahs wie das Frauenwahlrecht, die Anhebung des Heiratsalters oder die Einschränkung der Polygamie stießen zwar auf den Widerstand traditioneller und religiöser Führer, doch in den wenigen Städten fand eine tatsächliche Modernisierung statt.

Zwischen 1933 und 1973 war Afghanistan eine konstitutionelle Monarchie unter Mohammed Zahir Schah. Dessen demokratische Reformen beschränkten sich ebenfalls auf den urbanen Raum. Auch eine anschließende Marionettenregierung der Sowjetunion konnte keine signifikanten Veränderungen im ländlichen Gesellschaftsgefüge umsetzen. Der Einmarsch der sowjetischen Armee wurde mit Aufständen lokaler Kriegsherren beantwortet, die sich auf ihre ethnische Gefolgschaft stützten. Nach dem Abzug der Sowjetunion im Jahr 1989 kämpften die siegreichen Warlords gegeneinander um die Macht. Ein für die Zivilbevölkerung verheerender Bürgerkrieg wurde durch den Einmarsch der Taliban beendet, die 1996 ein rigides, auf der Scharia basierendes Emirat gründeten. Dieses wurde im Dezember 2001 durch eine von den USA geführte Allianz im Rahmen des von George W. Bushs ausgerufenen Kriegs gegen den Terror zerschlagen.

Für die USA ist der 20-jährige Krieg zu Ende, weil auch die Demokraten unter Präsident Joe Biden keinen Sinn mehr darin sehen, Soldaten für nicht erreichbare Ziele zu opfern. Deutschland möchte mit den Taliban sprechen und weiter zivile Projekte finanzieren, nachdem zunächst ein Stopp der Transferleistungen bekundet wurde.

Dass die Taliban "moderat" geworden sind, ist unwahrscheinlich. Sie haben bereits klargestellt, dass ihre Herrschaft auf der Scharia basieren wird. Von Menschenrechten in einem universalen Sinn wird dann keine Rede mehr sein. Darüber kann auch die Ansage nicht hinwegtäuschen, Frauen könnten in gewissen Bereichen beruflich tätig sein, wenn es der Scharia nicht widerspreche. Das war selbst im Irak und Syrien unter dem "Islamischen Staat" (IS) möglich. Der Westen hat die Beharrungskräfte der lokalen Traditionen und der Religion ausgeblendet. In ländlichen Regionen Afghanistans gelten nach wie vor die Gesetze der Ehre und des sunnitischen Islam in einer strengen Auslegung. Die Taliban haben ihre Wurzeln in der paschtunischen Kultur und der fundamentalistischen Deobandi-Schule des hanafitischen Islam, die Ende des 19. Jahrhunderts als Antwort auf den britischen Kolonialismus in Indien entstand. Sie stoßen deswegen auf eine gewisse Akzeptanz in der Bevölkerung. Ob sie in der Lage sind, das Land mit einer Neuauflage des Islamischen Emirats Afghanistan zu befrieden, darf jedoch bezweifelt werden. Bereits jetzt zeigte sich im Pandschir-Tal, dass ihre Macht von denen herausgefordert wird, die schon in der Vergangenheit bereit waren, für ihre eigenen Interessen mit Waffengewalt zu kämpfen.

Ob die Taliban willens und in der Lage sind, der ethnischen Vielfalt politisch Rechnung zu tragen und die selbstbewussten Lokalherren einzubinden, ist mehr als ungewiss. Ein Wiederaufflammen bürgerkriegsähnlicher Zustände ist nicht ausgeschlossen.

Auch auf islamistischer Seite wird ihnen der Herrschaftsanspruch streitig gemacht. Bereits bei der Evakuierung der ausländischen Kräfte haben Selbstmordattentäter des IS gezeigt, dass sie jederzeit mitten in der Hauptstadt zuschlagen können. Taliban und IS unterscheiden sich hinsichtlich ihrer politischen Ziele. Während erstere eine nationale Organisation darstellt, der es um den Aufbau eines islamischen Staates Afghanistan geht, verfolgt der IS eine globale Agenda. Das Ziel seiner Kämpfer ist die weltweite Ausbreitung des radikalen Islam mit dem Mittel des Dschihad, des Krieges im Namen Allahs. Wenn es dem IS gelänge, Teile des Landes zu kontrollieren, würde dies dem internationalen Dschihadismus einen neuen Aufschwung verschaffen. Schon jetzt bedeutet der Sieg der Taliban eine Stärkung

islamistischer Umtriebe in aller Welt und wird als Niederlage des Westens gefeiert. Von den Konsequenzen dürfte auch Deutschland betroffen sein.

*Die Autorin leitet das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam an der Goethe-Universität Frankfurt.*

---

Ausdruck aus dem Internet-Angebot aus der Onlinezeitung Das Parlament  
<https://www.das-parlament.de/2021/37/titelseite/859376-859376>  
Stand: 22.04.2023